

Berufsbildungsgesetz

1. Welche Anforderungen stellt das Berufsbildungsgesetz an einen Ausbildungsbetrieb?

Der Ausbildungsbetrieb muss es im Hinblick auf die Einrichtungen und die Arbeitsaufträge ermöglichen, dass der Auszubildende die im Berufsbild aufgeführten Kenntnisse und Fertigkeiten gründlich erlernen kann.

2. Welche staatliche Institution wurde durch das Berufsbildungsgesetz zur Beratung der Bundesregierung in Grundsatzzfragen der Berufsausbildung geschaffen?

Das Berufsbildungsgesetz schuf auf Bundesebene einen Bundesausschuss für Berufsbildung und übertrug diesem folgende Aufgaben: Beratung der Bundesregierung, Förderung der Zusammenarbeit zwischen betrieblicher, schulischer und überbetrieblicher Berufsausbildung, bestimmte Mitwirkungsrechte, Berufsforschung.

3. Welche Festlegungen enthält die Ausbildungsordnung im einzelnen?

Zur Ausbildungsordnung gehören die Bezeichnung des Ausbildungsberufes, die Ausbildungsdauer, das Ausbildungsberufsbild, der Ausbildungsrahmenplan und die Prüfungsanforderungen.

4. Welche Institution für Berufsausbildungsfragen wurde an den Kammern durch das Berufsbildungsgesetz geschaffen?

An den Handwerkskammern und IHK's sind zum Zwecke der Zusammenarbeit in der Berufsausbildung „Berufsausbildungsausschüsse“ zu bilden, die aus je 6 Vertretern der Arbeitgeber (Ausbilder), 6 Vertretern der Arbeitnehmer und 6 Lehrpersonen der berufsbildenden Schulen zusam-

mengesetzt sind. Die Lehrer nehmen nur mit beratender Stimme an den Verhandlungen teil.

5. Wie ist die überbetriebliche Ausbildung in der Berufsausbildung eingeordnet?

Im Rahmen der Ausbildungsordnung kann für bestimmte Ausbildungsberufe eine überbetriebliche Ausbildung angeordnet werden. Die Teilnahme an dieser Einrichtung ist Pflicht.

6. Was besagt der Ausschließlichkeitsgrundsatz in der Berufsausbildung?

Der Ausschließlichkeitsgrundsatz in der Berufsausbildung besagt, dass Jugendliche nur in anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet werden dürfen, soweit die Berufsausbildung nicht auf den Besuch weiterführender Bildungswege vorbereitet.

7. Gelten auch Vereinbarungen, die neben den gesetzlichen Bestimmungen zusätzlich im Ausbildungsvertrag festgelegt werden?

Vereinbarungen, die über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehen, im Ausbildungsvertrag festgelegt werden, sind nichtig, wenn sie die berufliche Entwicklung und Tätigkeit des Berufsanwärters beschränken oder ihn kostenmäßig belasten, z. B. Vertragsstrafen, Schadenersatzleistungen, Lehrgangskosten.

8. Welche Folgen können Verstöße gegen die Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes nach sich ziehen?

Verstöße gegen die Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes gelten als Ordnungswidrigkeit und können Geldbußen, Schadenersatzzahlung und Entzug der Ausbildungsbefugnis zur Folge haben. □